

Das Wochenmagazin der SPÖ - www.spoe.at

SPÖ *Aktuell*

21. November 2008 - Nr. 45 - 0,73 Euro

Die großen Aufgaben für eine neue Regierung

Beschäftigung sichern

Konjunktur ankurbeln

Soziale Sicherheit stärken



KURZ GEMELDET

Absicherung für Künstler

Kulturministerin Claudia Schmied veröffentlichte die Endfassung der Studie zur sozialen Lage der Künstler.

„Die soziale Lage der Künstlerinnen und Künstler ist vor allem durch Phänomene wie prekäre Arbeitsverhältnisse, neue Selbstständigkeit und Teilzeitbeschäftigung geprägt. Wir erleben eine extreme Einkommensschere. Viele Künstler verdienen wenig, wenige Künstler verdienen viel. Der Zugang zu Kunstberufen hängt weiterhin stark von der sozialen Herkunft ab. Vor allem im Sozialversicherungssystem stehen viele Künstlerinnen und Künstler vor administrativen und sozialen Hürden“, erläuterte Schmied das Ergebnis der Studie, weshalb die Förderung des zeitgenössischen Kunstschaffens weiter intensiviert werden muss. Die Studie ist auf der Homepage des Kulturministeriums abrufbar: www.bmukk.gv.at

Lebensmittel ohne Gentechnik

SPÖ-Umweltsprecherin Petra Bayr appelliert an die EU-Kommission, den Vorstößen der Agrarlobby für neue Zulassungen gentechnisch veränderter Pflanzen entschieden entgegenzutreten. Die europäische Bevölkerung hat berechtigte Bedenken gegen den Einsatz von Gentechnik in unserer Nahrungskette. „Die EU-Kommission soll eine Kehrtwende in der Lebensmittelpolitik einleiten“, verlangt Petra Bayr. Es gebe weiterhin keine Langzeitstudien zur Unbedenklichkeit solcher Lebensmittel, auch die Gentechnik-Risikobewertung auf europäischer Ebene sei mangelhaft. „Die EU-Kommission sollte sich so rasch wie möglich auf die Seite ihrer Bevölkerung stellen und sich nicht von den Interessen bestimmter Agrarkonzerne leiten lassen“, fordert Bayr.

UMFRAGE

Aufwärtstrend in Salzburg

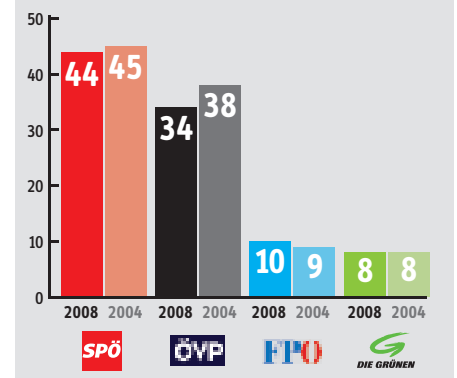
Wenige Monate vor der Landtagswahl führt die SPÖ in den Umfragen klar vor der ÖVP.

Nach einer Schwächephase in den Umfragedaten erholen sich auch die Werte der Salzburger SPÖ wieder. Sie kommt in einer aktuellen IMAS-Umfrage auf 44 Prozent, die ÖVP nur auf 34 Prozent, die FPÖ auf 10 und die Grünen auf 8. Noch besser liegt die Spitzenkandidatin selbst: 51 Prozent der SalzburgerInnen wollen Gabi Burgstaller weiterhin als Landeshauptfrau sehen, lediglich 24 Prozent ihren Kontrahenten Wilfried Haslauer als Landeshauptmann. Auch bei den Sympathiewerten liegt Gabi Burgstaller klar vor ihrem Herausforderer: 77 Prozent aller SalzburgerInnen halten Gabi Burgstaller für sympathisch, Haslauer dagegen 55 Prozent. Außerdem halten 61 Prozent der WählerInnen die Landeshauptfrau für volksthun, 68 Prozent schätzen sie als starke Persönlichkeit.

Im Jahr 2004 hatte die SPÖ mit Gabi Burgstaller einen überwältigenden Sieg errungen, sie erreichte 45,4 Prozent, die

ÖVP lediglich 37,9. Während damals die ÖVP in etwa stagnierte, gewann die SPÖ 43.678 Wählerstimmen dazu, was einem Gewinn von 13,1 Prozent entsprach.

Sonntagsfrage für LT-Wahl Salzburg im Vergleich zu Wahlergebnis 2004



Quelle: Imas, n = 700, Grafik: SPÖ

Gabi Burgstallers SPÖ Salzburg geht als Favorit in die Landtagswahlen.

UMWELT

Energie und Klimawandel

Eine „Energierevolution“ bietet auch neue wirtschaftliche Chancen.

Wir brauchen eine Energierevolution, aber auch eine Produktrevolution, um Energie effizienter zu nutzen“, forderte Staatssekretärin Christa Kranzl anlässlich der Eröffnung dervom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie veranstalteten Tagung „Energie neu denken - Innovationen für Energiesysteme, Netze und Verbraucher“. Die langfristige Sicherung der Energieversorgung ist eine zentrale Zukunftsfrage und eine globale Her-

ausforderung geworden. Einerseits werden die Ressourcen an fossilen Energien geringer, der Energieverbrauch steigt und es gilt den Klimawandel abzuwenden. „Um für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet zu sein, braucht es ein Bündel von Maßnahmen“, betonte Kranzl. Neben der Erhöhung des Anteils von erneuerbaren Energien und der Reduzierung von CO₂ (die G8-Staaten wollen ihre CO₂-Emission bis 2050 um 50 Prozent reduzieren), sei es ebenso wichtig, neue intelligente Stromnetze und energiesparende Endverbraucherprodukte zu entwickeln. Als besonders wichtig betrachtet die Staatssekretärin den Bereich des Wohnens, da „40 Prozent der Energie in den Gebäuden verbraucht wird“. Österreich habe die höchste Passivhausdichte in Europa und sei damit ein klarer Vorreiter im Bereich des Klima schonenden Wohnens. ♦



Ihr direkter Draht zur SPÖ

Wir hören zu, wir informieren, wir diskutieren ...

Sie erreichen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Montag bis Freitag zwischen 9 und 17 Uhr telefonisch unter **0810 810 211** aus ganz Österreich zum Ortstarif.

Energie ohne CO₂



Fotolia

POST

Kündigungen vom Tisch

Keine betriebsbedingten Kündigungen, dafür eine Servicegarantie für alle existierenden Postfilialstandorte, das sind die Eckpunkte, die beim Post-Gipfel am Mittwoch festgelegt wurden.

Die notwendige Neuausrichtung der Österreichischen Post AG war Thema eines „Runden Tisches“, an dem neben Verkehrsminister Werner Faymann und Finanzminister Wilhelm Molterer weitere Vertreter der Politik und der Personalvertretung der Post sowie der gesamte Vorstand der Post vertreten waren. Die Schließung von 1.000 Filialen der Post ist laut Infrastrukturminister Werner Faymann „vom Tisch“, es sei für ihn auch „politisch unvorstellbar“, eine derart hohe Anzahl an Postämtern zu schließen, so der SPÖ-Vorsitzende. Faymann betonte weiters, dass es in der Sitzung eine klare Mehrheit gegeben habe, dass ein derartiger Kahlschlag nicht in Frage komme.

Der Postvorstand hat in der Sitzung des Runden Tisches ausdrücklich begrüßt, dass die Politik sich nunmehr aktiv mit der Frage der Liberalisierung des Postmarktes Anfang 2011 und den damit verbundenen notwendigen Marktregeln – inklusive Klärung der Universaldienstfinanzierung – auseinandersetzt. Der Vorstand der Post hat klar unterstrichen, dass die effiziente Führung des Unternehmens die Voraussetzung dafür ist, dass eine Finanzierung des Universal-

dienstes – die Verpflichtung zur Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit hoher Qualität – überhaupt erfolgen kann.

Von Seiten des Infrastrukturministeriums will man auf jeden Fall das erste Halbjahr 2009 nützen, um zu prüfen, wie

Markt kommen, in ganz Österreich flächendeckend verteilen müssen oder über ein Lizenzverfahren finanziell dazu beitragen, dass andere Anbieter flächendeckend verteilen. Diese Verordnung müsste in engster Abstimmung mit EU-rechtlichen Bestimmungen erfolgen.



Postämter bleiben geöffnet, Kündigungen wurden abgewehrt – auch die Dienstleistungen (Brief und Paket) sollen gesichert werden.

Begsteiger

man die Post unterstützen kann. Für ihn ist vorstellbar, so Faymann, eine Maßnahme zu setzen – etwa über eine Verordnung – dass jene Anbieter, die im Zuge der Liberalisierung 2011 neu auf den

Faymann betonte auch, dass die Aufgabenverteilung zwischen ihm und Finanzminister Molterer bezüglich der Post klar sei und er diese nie in Frage gestellt habe. Molterer sei für den Betrieb zuständig, während er für die „wie ich sie nenne, Qualitäts- oder Konsumentenschutzverordnung“ zuständig sei.

SPÖ-Vorsitzender Faymann betonte, dass eine zukünftige Regierung sich insgesamt die Frage stellen müsse, wie Betriebe zu führen seien, die ganz oder teilweise in staatlicher Hand seien; denn man könne „nicht von Konjunkturprogrammen reden und für die eigenen Betriebe gelten die nicht“.

Post-Gewerkschaftschef Gerhard Fritz erhält die Streikdrohung allerdings aufrecht. Entscheidend sei die Post-Aufsichtsratssitzung am 11. Dezember, in der die Sparpläne für 2009 präsentiert werden. ♦

ZUM THEMA

Offensivstrategie der Post

Die Post legte dem „Runden Tisch“ eine Offensivstrategie vor, die vorsieht, dass bis zum Jahr 2010 ein beträchtliches Umsatzwachstum angestrebt wird.

Damit sind drei wesentliche Punkte zur Versorgungssicherheit der österreichischen Bevölkerung gewährleistet:

1. Absicherung der flächendeckenden Versorgung mit Postdienstleistungen für die österreichische Bevölkerung

2. Werterhaltung der Österreichischen Post AG (Anteile im Wert von einer Milliarde Euro gehören den Österreicherinnen und Österreichern)

3. Keine betriebsbedingten Kündigungen im Jahr 2009, aufgrund vorhandener Potenziale aus normalen Pensionierungen, hoher Fluktuation und einem seit August dieses Jahres existenten Sozialplan, der bis Ende 2009 mit der Gewerkschaft vereinbart wurde.

REGIERUNGSVERHANDLUNGEN

Keine großen

Die Regierungsverhandlungen gehen in die Zielgerade. Nach einer kurzen, nicht eingeplanten Unterbrechung, werden die Gespräche intensiv und zügig weiter geführt. Unüberwindbare Hürden sollte es keine mehr geben.



Fotolia

beitslosigkeit durch Investitionen in die Infrastruktur. „Mehr soziale Sicherheit, rasche Entlastung der SteuerzahlerInnen, Kaufkraftstärkung und Infrastrukturinvestitionen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – das sind die Aufgaben einer Regierung“, so die Koordinatorin der Regierungsverhandlungen, SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Doris Bures. Auch wenn die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, zeichnet sich ein großes Entlastungspaket ab – „wirtschaftlich notwendig und sozial gerecht“, erklärte Bures. Im Folgenden die zentralen Punkte:

Weitere Entlastung für kleine Einkommen

» Zur Stärkung der kleinsten EinkommensbezieherInnen hat die Regierung in den letzten Monaten die Arbeitslosenversicherungsbeiträge bis zu einem Monatseinkommen von 1.350 Euro gestrichen bzw. gesenkt. Das bringt bei einem Monatsgehalt von 1.000 Euro brutto 420 Euro Entlastung im Jahr. Insgesamt eine Million Menschen, darunter viele Frauen, profitieren von dieser Maßnahme.

» Im Zuge der anstehenden Steuerreform sollen die kleinsten Einkommen weiter entlastet werden – etwa durch Anheben der Einkommensgrenze, um mehr Menschen von der Steuer zu befreien, und durch eine Senkung des Einstiegssteuersatzes, um die Steuerlast für kleine Einkommen zu reduzieren.

Mittelstand rasch entlasten

- » Weiters muss nun vor allem der Mittelstand rasch entlastet werden, und zwar mit einer Steuersenkung bereits mit Jänner 2009. Damit würde auch die Kaufkraft am effektivsten gestärkt werden.
- » Rund 80 bis 90 Prozent des gesamten Entlastungsvolumens von 2,3 Milliarden Euro sollten den EinkommensbezieherInnen von unter 4.000 Euro zugute kommen.
- » Grundsätzlich gilt, dass alle SteuerzahlerInnen entlastet werden müssen, allerdings mit einer Deckelung bei den obersten EinkommensbezieherInnen.

Konjunktur stärken, Arbeitslosigkeit bekämpfen

- » Schließlich muss mit Investitionen in die Infrastruktur der Konjunkturkrise und der drohenden Arbeitslosigkeit gegengesteuert werden.
- » Mit dem bereits zweiten Konjunkturpaket werden 1,9 Milliarden Euro in Schulen, Universitäten und Bahnhöfe investiert, um Beschäftigung anzukurbeln.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

- » Mit dem Ausbau der Infrastruktur soll eine qualitativ hochwertige und leistbare Kinderbetreuung gewährleistet werden.
- » Die Entlastung von Familien mit mittleren Einkommen steht im Zentrum der Verhandlungen, wobei die Familiensteuerreform ein sehr wichtiger – wenn auch nicht der einzige – Punkt ist.
- » Die Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben für Frauen und Männer muss gewährleistet sein, die Potenti-

Mit der vorgezogenen Steuerreform, mit Konjunkturpaketen und weiteren Maßnahmen wird ganz massiv in die Schaffung neuer Jobs und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit investiert.

SPÖ und ÖVP sind in den Verhandlungen zur Bildung einer Koalition in vielen wichtigen Punkten weitergekommen. Auch wenn vor Abschluss der Verhandlungen keine Details bestätigt werden können, ergibt sich gemeinsam mit dem bisher Erreichten ein großes Paket zur Entlastung, zur Kaufkraftstärkung, zu einem Mehr an sozialer Sicherheit und zur Bekämpfung der Ar-

Hürden mehr

ale von Frauen sind für die Sicherung des Wohlstands in Österreich unverzichtbar. Dazu gehören auch Absichtserklärungen über die Entwicklung von Väterbeteiligungsmodellen, denn Kinderbetreuung betrifft beide Elternteile gleichermaßen.

Was Pröll schon immer wissen wollte

SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Doris Bures sieht jedenfalls „keine unüberwindbaren Hürden“ für eine rot-schwarze Regierung. Kurzfristig kam bei den Verhandlungen etwas Sand ins Getriebe, weil der designierte ÖVP-Chef Pröll die Gespräche überraschend ausgesetzt hat. Pröll hatte in einem Vieraugengespräch SPÖ-Vorsitzendem Werner Faymann ein Zehn-Punkte-Forderungsprogramm in Form von zehn Fragen übergeben. Die wollte Pröll innerhalb von vier Tagen beantwortet haben. Solange warten musste Pröll aber nicht: Denn SPÖ-Chef Werner Faymann hat die von der ÖVP an ihn gerichteten zehn Fragen zur Fortsetzung der Koalitionsverhandlungen in nicht einmal 24 Stunden beantwortet. Pröll seinerseits zeigte sich erfreut über die prompte Übermittlung der Antworten und erachtete nun die Fortsetzung der Verhandlungen als sinnvoll. Viel Verständnis für diese Aktion fand Pröll jedenfalls nicht, die Beurteilung

der Medien viel durchwegs sehr kritisch aus (siehe auch Kasten). „Ich hoffe, dass wir nach der raschen Beantwortung der zehn Fragen von der ÖVP rasch zu einer stabilen Regierung kommen“, so Doris Bures. Es werde jetzt wieder „zügig weiterverhandelt“, man habe aber schon bisher gute Arbeit in den Untergruppen geleistet.

„Schluss mit Taktiererei“

Auch wenn die Weichen nun schon in Richtung neuer Regierung gestellt sind, gibt es innerhalb der ÖVP weiterhin Kräfte, die wieder einmal den Wählerwillen nicht respektieren und andere Varianten der Zusammenarbeit ausloten wollen. So spekuliert der steirische ÖVP-Chef Schützenhöfer ganz unverhohlen damit, dass es ja auch die Möglichkeit gebe, Josef Pröll zum Bundeskanzler zu machen. „Wenn ein Wolfgang Schüssel als Dritter Bundeskanzler geworden ist, muss es möglich sein, darüber nachzudenken, dass es der Zweite auch wird“, so Schützenhöfer. Kritik an den Aussagen von Schützenhöfer kam umgehend vom steirischen SPÖ-Vorsitzenden, Landeshauptmann Franz Voves. Die ganzen taktischen Spielchen interessierten die Menschen in Österreich nicht, es müsse eine Regierung mit neuem Stil herauskommen. Dafür sei er, Voves immer gestanden, „für eine Koalition



SPÖ-Vorsitzender Werner Faymann und der designierte ÖVP-Chef Josef Pröll

der Vernunft“. Das „strategische Apparatschik-Hickhack“ gehe nicht mehr. Betreibe man es weiter, treibe man die Wähler verständlicherweise in Richtung Opposition, machte Voves deutlich. Und auch der Wiener Bürgermeister Michael Häupl forderte von der ÖVP: „Aufhören mit der Taktiererei.“ Es solle möglichst rasch eine stabile Regierung gebildet werden. „Wir wollen arbeiten und schauen, dass die Regierung möglichst bald steht“, betonte Häupl. ♦

ZITIERT

„Pröll hat gewaltige Schrammen“

„Jetzt steht er (Pröll, Anm.) – nicht nur in der Öffentlichkeit, auch intern – beschädigt da. Der neue ÖVP-Chef hat gewaltige Schrammen, bevor er überhaupt offiziell die Partei übernommen hat.“

Iris Brüggler, „Österreich“, 18. 11. 2008

„Blamage für Pröll“

„Wer mit der ÖVP zusammenarbeiten will, muss sich unterwerfen. So hat es Wolfgang Schüssel mit Alfred Gusenbauer gemacht, so

versucht es Pröll jetzt mit Faymann (...) Pröll wird in einer Koalition nicht hundert Prozent ÖVP umsetzen können. Und er sollte sich längst im Klaren sein, mit wem er sich einlässt. Seine zehn Fragen und die schnellen Antworten haben ihm dabei nicht geholfen. Aber ordentlich blamiert hat er sich.“

Michael Völker

„Der Standard“, 18. 11. 2008

„Quertreiber in der ÖVP“

„Lange haben die Quertreiber gegen eine

große Koalition in den ÖVP-Reihen nicht mehr Zeit, Josef Pröll abzumontieren und dessen mit der SPÖ geplanten Regierungspakt sterben zu lassen. Nach dem Willen der Großkoalitionäre in SPÖ und ÖVP soll nämlich die Regierung bald stehen und zu arbeiten beginnen. Tägliche Schreckensmeldungen über Firmen- und Auftragszusammenbrüche lassen das vernünftig erscheinen, doch Vernunft und Politik sind offensichtlich zwei Paar verschiedene Schuhe.“

Peter Gnam, „Kronen Zeitung“

BESCHÄFTIGUNG

Aktiv gegen Arbeitslosigkeit

Die Folgen der Finanzkrise sind jetzt auch am Arbeitsmarkt spürbar. Die Arbeitslosigkeit wird steigen. Um wie viel, hängt auch davon ab, wie gut die Konjunkturprogramme wirken.



Die Ausbildungsinitiative muss weitergehen. Gerade in einer Wirtschaftskrise ist aktive Arbeitsmarktpolitik wichtig.

In allen Prognosen der Wirtschaftsforscher wird ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit vorausgesagt. Das Wifo rechnete in seiner letzten Prognose mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen bis 2012, der je nach Tiefe der Krise zwischen

20.000 und 100.000 liegen könnte. Auch die Europäische Kommission schätzt die Aussichten für Europas Arbeitsmarkt eher düster ein. In ihrem am Dienstag verabschiedeten Arbeitsmarktbericht 2008 wird für das kommende Jahr ein Abwärtstrend erwartet. Die Zeiten des starken Beschäftigungswachstums seien – zumindest vorübergehend – vorbei. Der Zuwachs werde sich infolge der Finanzkrise spürbar verlangsamen. Allerdings geht die Kommission davon aus, dass der Arbeitsmarkt in der EU die aktuellen Probleme wegen erfolgter Reformen besser verkraftet als wirtschaftliche Schwierigkeiten in der Vergangenheit.

In Österreich zeigen wichtige Arbeitsmarktkindikatoren, dass die Finanzkrise am Arbeitsmarkt angekommen ist. So ist zwar im Vormonat die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr noch leicht gesunken,

allerdings ist das letztlich positive Ergebnis nur auf den starken Rückgang in Wien und Niederösterreich zurückzuführen. In allen anderen Bundesländern gab es schon einen Anstieg. Und die aktuellen Daten aus dem Frühwarnsystem des AMS zeigen, dass Österreichs Unternehmen Ende Oktober die Kündigung von 29.433 Beschäftigten angemeldet haben. Der zweite AMS-Vorstand Johannes Kopf betont aber, dass ein Großteil davon eine Wiedereinstellungszusage hat; diverse Saisonbranchen wie die Bau- und Forstwirtschaft bauen üblicherweise Beschäftigte während der Wintermonate ab. Aber im Vergleich zum Vorjahr sind um 7.000 Personen mehr im Frühwarnsystem angemeldet, und das mache die „prognostizierte Verschlechterung am Arbeitsmarkt klar erkennbar“, so Kopf. Auch der Chef des AMS, Herbert Buchinger, sagte im ORF-Radio, der Arbeitsmarkt komme sicherlich nicht ungeschoren davon, aber: „Wenn die Regierungen der USA, Deutschlands und auch Österreichs entschlossen gegensteuern, dann können wir den Zuwachs an Arbeitslosigkeit bei 20.000 eingrenzen. Drunter wird es kaum gehen. Mit plus zehn Prozent Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt werden wir wohl rechnen müssen.“ Er plädiert für eine Ausweitung der Konjunkturprogramme und für zusätzliche Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik. Sollten die Regierungen ausreichend gegensteuern, wäre die Krise nach zwei Jahren überwunden.

WISSEN

AMS-Frühwarnsystem

Unternehmen müssen die geplante Auflösung von Arbeitsverhältnissen dem AMS unter folgenden Bedingungen melden: 1) Bei der Kündigung von mindestens fünf Arbeitnehmern in Unternehmen mit mehr als 20 und weniger als 100 Beschäftigten. 2) Wenn in Unternehmen mit 100 bis 600 Beschäftigten mindestens 5 Prozent gekündigt werden. 3) In Unternehmen mit mehr als 600 Beschäftigten muss die geplante Kündigung von mindestens 30 Arbeitnehmern angemeldet werden. 4) Kündigungen von fünf oder mehr Arbeitnehmern über 50 müssen ebenfalls dem AMS gemeldet werden.

Im Oktober 2007 haben die Unternehmen 22.350 Personen gemeldet, heuer im Oktober 29.433.

Haberzettl: Handeln statt jammern

So wie Buchinger tritt auch der Vorsitzende der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter, Wilhelm Haberzettl, für eine Ausweitung der Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen ein: „Wir haben keine Zeit, die schlechte Lage zu beklagen, wir müssen handeln.“ Haberzettl: „Wir können Geld in die Hand nehmen, die Menschen jetzt qualifizieren, die Krise sinnvoll nutzen und schon jetzt dafür sorgen, dass in Zukunft genügend gut ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung stehen.“ ♦



FSG-Chef Wilhelm Haberzettl: Fachkräfte ausbilden.

SCHULE

Kein Platz für Gewalt

Eine aktuelle Studie belegt, dass das Thema Gewalt an der Schule eine zentrale Herausforderung für unsere Schulen ist. Unterrichtsministerin Claudia Schmied lädt zu einem großen Anti-Gewalt-Gipfel ins Siemens-Forum.

Die Zeiten, in denen Gewalt im Unterricht nur aus dem Ausland bekannt war, sind vorbei. Nicht nur Mitschüler, auch Lehrer sind Opfer der Attacken. Prügelorgien, Lehrer-Mobbing, mitgebrachte Waffen, Baseballschläger-Attacken – Terror im Unterricht hat Österreich längst erreicht, jeder achte Lehrer ist laut einer Studie des Instituts für Stressprophylaxe und Salutogenese (ISS) bereits zum Gewaltopfer geworden. „Die Erfahrungen zeigen, dass der Grund für Gewalt an der Schule nicht primär in der Schule entsteht. Häufig ist die Schule der Ort, an dem Schüler ihre Probleme aus dem Elternhaus oder dem Freundeskreis abreagieren. Die Schule muss aber bestmöglich mit den Problemen der Jugendlichen umgehen. Deshalb müssen wir alle Partner in ein Boot holen, den Lehrern das

beste Rüstzeug geben, klare Regeln schaffen und ausreichend Ressourcen zur Verfügung stellen“, so Claudia Schmied.

Bereits im März wurde daher die große Anti-Gewalt-Initiative „Die Weiße Feder. Gemeinsam gegen Gewalt“ (www.weissefeder.at) ins Leben gerufen.

Auf dieser Website werden alle Beteiligten beraten und können diskutieren, wie man noch besser gemeinsam gegen Gewalt an Schulen vorgehen kann. „Die Lehrer können soziale Probleme nicht alleine lösen. Sie brauchen Partner, wie Sozialarbeiter, Psychologen und die Polizei, die sie bei dieser Herausforderung unterstützen. Auch die Eltern müssen ihre Verantwortung wahrnehmen und dürfen ihre Kinder nicht alleine lassen. Wir müssen diese Aufgabe gemeinsam lösen“, so Bildungsministerin Claudia Schmied.

Bereits jetzt gibt es einige Schwerpunktkurse zur Gewaltprävention für Lehrerinnen und Lehrer. „Hier müssen wir noch nachlegen. Unsere Lehrer brauchen ein gutes Rüstzeug!“ Das Ministerium reagiert auch im Personalbereich: Eine Aufstockung der Schulpsychologen um 20 Prozent ist von Seiten des Ministeriums für die nächsten Budgetverhandlungen vorgesehen. Auch die Schulsozialarbeit soll ausgebaut werden.

Und auch die Einführung von verbindlichen Verhaltensvereinbarungen (klare Regeln für das Zusammenleben im Schullalltag, die Schüler, Lehrer und Eltern unterschreiben) an Schulen schreitet voran. Bereits jetzt hat knapp die Hälfte aller Schulen solche Vereinbarungen abgeschlossen. Das Feedback aus den Schulen ist sehr



Lehmann

Bildungsministerin Claudia Schmid

positiv. „Die gute Zusammenarbeit von Eltern, Schülern und Lehrern ist besonders wichtig“, so Claudia Schmied.

28. November: Aktionstag gegen Schulgewalt

Parallel zum Gipfel hat Bildungsministerin Claudia Schmied den 28. November zum österreichweiten Aktionstag gegen Gewalt an der Schule ausgerufen. An alle Schulen ist ein Ersuchen ergangen, den Tag für spezielle Programme und Projekte gegen Gewalt an der Schule durchzuführen. „Am 28. November sollen alle Schulen ein Zeichen setzen: Gewalt hat an der Schule keinen Platz! Deshalb habe ich alle Schulen aufgefordert, an diesem Tag im Rahmen des Unterrichts Schwerpunktprogramme zur Gewaltprävention zu setzen“, so Claudia Schmied. ♦

ZUM THEMA

Anti-Gewalt-Gipfel

Aufgrund der Brisanz des Themas Gewalt an Schulen lädt Bildungsministerin Claudia Schmied 600 Partnerinnen und Partner im Bereich der Gewaltprävention (Schulaufsicht, Polizei, Schulpsychologen, Landesschulräte, Sozialarbeiter, Lehrervertreter, Schulpartner, Experten, NGOs) zu einem großen Anti-Gewalt-Gipfel am 28. November ins Siemens-Forum in Wien.



Fotolia

Österreichs Schüler und Lehrer sind immer wieder mit Gewalt an Schulen konfrontiert.

FINANZKRISE

„Neoliberalismus endgültig gescheitert“

Der bekannte Schweizer Soziologe und Globalisierungskritiker Jean Ziegler war auf Einladung des Kreisky-Forums in Wien und sprach über die Mär von der Selbstregulierung der Märkte und vom Scheitern des Neoliberalismus.

Zahlreiche Besucher waren Sonntagabend ins „Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog“ gekommen, wo Ziegler sich pointiert mit den Gründen und Auswirkungen der Finanzkrise auseinandersetzte. Ziegler übte dabei heftige Kritik an der „Finanz-Oligarchie“, die sich im Gefolge der neoliberalen Deregulierung jeder sozialen Kontrolle entzogen hat. Die neoliberalen Theorien dienten dabei als „Maske für die totale Gier und Willkür“, so Zieglers Befund. Diese alles maskierende „Nebelwand des Neoliberalismus“ sieht Ziegler durch die Finanzkrise als „endgültig zerrissen“. Womit wir es jetzt zu tun haben, ist eine „tiefe soziale Krise“, so Ziegler, der vor Massenarbeitslosigkeit und schweren Verlusten der Pensionskassen warnte. Auch die einzelnen, nationalen Bankenrettungspakete beurteilt Ziegler skeptisch: Sie sind vielfach Ergebnis einer „Angstreaktion“, was fehlt, sind beispielsweise „Bedingungen und eine Strategieumkehr“.

Aufstand der Zivilgesellschaft

Hart ins Gericht geht Ziegler auch mit den Spekulationen auf Lebensmittel. Die nämlich hätten zu einer Preisexplosion bei Grundnahrungsmitteln geführt, so dass man heute v.a. in der Dritten Welt von einer Hungerkatastrophe sprechen muss. Dabei könnte die Weltlandwirtschaft problemlos 12 Milliarden Menschen ernähren.

Gefordert sieht Ziegler jetzt die öffentliche Meinung und die globale Zivilgesellschaft: Sie muss als „neues historisches Subjekt“ geleitet vom moralischen Imperativ den „Aufstand des kollektiven Bewusstseins“ üben, so Zieglers Appell an eine erwachende Zivilgesellschaft. ♦

Jean Ziegler:

Die neuen Herrscher der Welt:

Und ihre globalen Widersacher.

Goldmann-Verlag, 2007, 317 S., ca. 9,20 €



Bruno Kreisky Forum

Der Soziologe und UN-Sonderbotschafter Jean Ziegler

SI-FRAUEN

Wege aus der Abhängigkeit

Die Konferenz der Sozialistischen Fraueninternationale (SI-Frauen) in Mexiko entwickelte Programme zur Selbsthilfe.

Weltweit sind Frauen zunehmend von wirtschaftlichen Krisen und Armut betroffen. Strategien zur Entwicklung von regionalen Aufbauprogrammen wurden bei der diesjährigen Sozialistischen Fraueninternationale in Mexiko am 14. und 15. November diskutiert, an der auch SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Bettina Stadlbauer teilnahm. Im Zentrum der Beratungen stand das harte Los von Frauen in Entwicklungsländern. Sie sind oft dazu gezwungen, ihr Land zu verlassen, um ihre Familien zu ernähren. Fehlender Zugang zu Besitz und Finanzen bedeutet ökonomische Abhängigkeit. Die Fraueninterna-



Maria Jonas (links) und Bettina Stadlbauer mit den Gastgeberinnen der SI-Fraueninternationale in Mexiko.

tionale hat in einer Resolution Prinzipien formuliert, um den größten Benachteiligungen abzuweichen: Der freie Weg zu Bildung und zur infrastrukturellen Nahversorgung hilft ihnen, ihre wirtschaftliche

Situation zu verbessern. Mit Hilfe von Mikro-Kredit-Programmen werden Frauen in die Lage versetzt, einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung ihres Landes zu leisten. Es müssen Wege gefunden werden, damit Frauen im ländlichen Raum auf allen Ebenen in Entscheidungspositionen kommen. Nationalratspräsidentin und SPÖ-Bundesfrauenvorsitzende Barbara Prammer, die auf der Konferenz von Maria Jonas, der ehemaligen Generalsekretärin der Sozialistischen Fraueninternationale, vertreten wurde, ist mit großer Mehrheit zur Vorsitzenden des Komitees für sozialen Zusammenhalt und Umwelt gewählt worden. ♦

SPÖ Frauen

FINANZKRISE

Projekt Neue Weltfinanzordnung

Am Weltfinanzgipfel in Washington einigen sich die G20 Staaten auf einen Aktionsplan, der eine Wiederholung der gegenwärtigen Finanzkrise verhindern soll.

In einem der Kernsätze im Schlussdokument des Gipfels ist das grundlegende Ziel der Reform formuliert: „Wir verpflichten uns, zu gewährleisten, dass alle Finanzmärkte, Produkte und Akteure reguliert oder überwacht werden.“ Damit wird das, was im Vorfeld von vielen europäischen Staaten gefordert wurde, erfüllt. Es soll im globalen Finanzsystem keine „weißen Flecken“ mehr geben. Das beinhaltet auch eine Kontrolle der Rating-Agenturen, Regelungen gegen riskantes Management und ein rigoroseres Vorgehen gegen Steueroasen. Verbindliche Beschlüsse soll es dann am Nachfolgegipfel, der im April in London stattfindet, geben.

Die Bewertungen nach dem Weltfinanzgipfel, der vergangenen Samstag in der US-Hauptstadt Washington stattgefunden hat, gingen zwar im Ton auseinander, waren aber in der Tendenz bei allen Teilnehmerländern positiv. Frankreichs Ministerpräsident Nicolas Sarkozy und Englands Premierminister Gordon Brown sparten nicht mit dem Attribut „historisch“. „Wir betreten eine neue Welt“, sagte Sarkozy. Die Europäer seien

„Wir verpflichten uns, zu gewährleisten, dass alle Finanzmärkte, Produkte und Akteure reguliert oder überwacht werden“

Abschluss Erklärung am G20-Gipfel

„geeint wie ein Mann“ aufgetreten, und die USA hätten viele Zugeständnisse gemacht, die noch vor kurzem undenkbar schienen. Zurückhaltender die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, aber auch sie sprach von einer „vernünftigen und angemessenen Antwort auf die Finanzkrise“.

Die Staats- und Regierungschefs der 22 führenden Industrie- und Schwellenländer haben in ihrem Aktionsplan 47 Einzelvorschläge beschlossen und auch Grundprinzipien für die Reform festgelegt. So sei Regulierung der Finanzmärkte in erster Linie nationale Sache. Da aber die

Reuters/Hanai



Künftig soll es auf den Finanzmärkten keine Überwachungslücken mehr geben.

Märkte inzwischen global sind, bedarf es einer engen Kooperation der Regulierer und gemeinsamer Standards.

Die Vorschläge

- ▶ Bei der Stärkung von Transparenz und Berechenbarkeit liegt ein Schwergewicht auf der Überarbeitung von Bilanzierungsregeln und deren Harmonisierung. Auch bisher unregulierte Bereiche wie Verbriefungen und Derivate sollen künftig Regeln unterworfen und mit Kapitalanforderungen belegt werden.
- ▶ Über die Regulierung sollen prozyklische Wirkungsweisen von Finanzmarkt-Praktiken etwa in der Fremdfinanzierung oder bei Manager-Vergütungen zurückgedrängt werden. Rating-Agenturen müssen sich registrieren lassen. Sie sollen offener agieren und werden künftig der Finanzmarkt-Aufsicht unterworfen.
- ▶ Finanzfirmen sehen sich mit der Forderung nach größeren und spezifischeren Eigenkapital-Puffern je nach Risikoträchtigkeit von Produkten konfrontiert. Sie sollen die Vergütungs- und Anreizsysteme für Manager so

ändern, dass diese längerfristig orientiert sind.

- ▶ Zur Stärkung des Vertrauens sollen die Aufsichtsbehörden dafür sorgen, dass das Finanzsystem vor Risiken und unfairen Wettbewerbspraktiken durch Steueroasen geschützt wird. Verweigern die Steuerparadiese die Zusammenarbeit, soll gegen sie rigoroser vorgegangen werden.
- ▶ Bei der internationalen Kooperation und Aufsicht soll der IWF eine stärkere Rolle spielen. ♦

ZUM THEMA

Konjunkturprogramme

Beim Weltfinanzgipfel haben die führenden Wirtschaftsnationen außerdem neue Initiativen zur Belebung der Weltwirtschaft in Aussicht gestellt. Es wurde ein Sechs-Punkte-Plan zur Belebung der Konjunktur vereinbart. Der Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF), Dominique Strauss-Kahn, hofft darauf, dass die Industrie- und Schwellenländer rund zwei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes für Konjunkturprogramme aufwenden.

KINDER

Kinderrechte in Verfassungsrang heben

Bald zwanzige Jahre ist es her, dass die UN-Kinderrechtskonvention unterzeichnet wurde. Doch Kinderrechte spielen immer noch eine Nebenrolle. Das soll sich jetzt ändern, fordern die Kinderfreunde.

Gemeinsam mit namhaften Experten machen sich die Kinderfreunde jetzt dafür stark, die Kinderrechte als Grundrechte in die Bundesverfassung aufnehmen. Das nämlich wäre ein wichtiges Signal, dass Kinder in unserer Gesellschaft ernst genommen werden. Landesrat Josef Akerl, der Bundesvorsitzender der Kinderfreunde ist, dazu: „Eine Verankerung der Kinderrechte in der Bundesverfassung wäre zugleich ein wichtiges Symbol und eine Verbesserung der Situation für Kinder und Jugendliche in Österreich.“ Den Kinderfreunden geht es darum, den Kinderrechten den Stellenwert eines Grundrechts zu geben, das vom Gesetzgeber gewährleistet werden muss und von Kin-



Verfassungsexperte Bernd-Christian Funk mit Gernot Rammer, Bundesgeschäftsführer der Kinderfreunde

dern und Jugendlichen einklagbar ist. Die verhandelnden Parteien SPÖ und ÖVP sollen daher eine Verankerung der Kinderrechte in die Bundesverfassung vereinbaren und so rasch wie möglich um-

setzen. Das war zwar auch bei den vorangegangenen Regierungsvereinbarungen vorgesehen, wurde aber immer „auf die lange Bank geschoben“, so die Kritik von Gernot Rammer, Bundesgeschäftsführer der Kinderfreunde.

Rechte der Schwächsten schützen

Für eine Festschreibung der Kinderrechte in die Verfassung plädiert auch der Verfassungsjurist Bernd-Christian Funk: „Auch wenn es bisher nicht geglückt ist, die Konvention in den Verfassungsrang zu heben, muss es ein Anliegen der Gesellschaft sein, gerade die Rechte ihrer schwächsten Mitglieder zu schützen.“ ♦

NOVOMATIC
GROUP OF COMPANIES

Ausgezeichnet mit dem



Heimat bist Du heller Köpfe.

Die Novomatic Group of Companies legt Wert auf qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Denn nur so kann unsere Unternehmensgruppe mit weltweit mehr als 12.000 Mitarbeitern auch weiterhin seine Stellung als eines der führenden Technologieunternehmen Österreichs behaupten. Unter den über 2.300 heimischen MitarbeiterInnen der Unternehmensgruppe Novomatic können sich daher begabte und helle Köpfe bei besten Arbeitsbedingungen und mit internationalen Aufstiegschancen weiterentwickeln. Die jüngste Verleihung des österreichischen Exportpreises 2008* in der Kategorie Handel unterstreicht erneut das Potential und die Leistungsfähigkeit des Unternehmens als Europas größter integrierter Glücksspielkonzern.

*1 verliehen vom Bundesministerium für Wirtschaft & Arbeit und der Wirtschaftskammer Österreich für außerordentliche Erfolge auf Auslandsmärkten

PARLAMENT

„Auch der Kindergarten ist eine Bildungseinrichtung“

Die neue steirische Abgeordnete Andrea Gessl-Ranftl aus Trofaiach über ihren Zugang zur Politik, Verbesserungen im Schulsystem und ihre Ziele als Parlamentarierin.

Andrea Gessl-Ranftl will sich im Parlament für die Anliegen der Region Trofaiach und der Familien einsetzen.



SPÖ Aktuell: Du bist seit vielen Jahren im pädagogischen Bereich tätig, als Hauptschullehrerin, Erziehungshelferin und verhaltenspädagogische Stützlehrerin für Kinder mit besonderen Erziehungsbedürfnissen. Welche Erfahrungen kannst du dadurch in die parlamentarische Arbeit einbringen?

Andrea Gessl-Ranftl: Durch meine Tätigkeit als Lehrerin habe ich eine gute Vorstellung davon, wie sich Eltern, LehrerInnen und vor allem aber SchülerInnen Bildungseinrichtungen in Österreich wünschen. Und ich weiß, dass die Zufriedenheit steigt, je enger und besser die Kommunikation und die Zusammenarbeit zwischen diesen drei Gruppen ist.

Hast du bestimmte Vorstellungen und Ziele, unser Bildungssystem betreffend?

Andrea Gessl-Ranftl: Ich wünsche mir, dass wir in Österreich nicht nur die Schule als Bildungsstätte sehen, sondern auch der Kindergarten als wichtige Bildungseinrichtung verstanden wird. Ein flächendeckendes, ganztägiges Schulangebot mit der Wahlmöglichkeit, dieses ganz- oder halbtags zu nutzen,

sowie die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen sind mir zwei weitere große Anliegen.

Wer oder was hat dich eigentlich in die Politik gebracht?

Andrea Gessl-Ranftl: Die vielen engagierten SPÖ-Frauen in Trofaiach, die mich 2004 als Frauen-Vorsitzende von Trofaiach in die Politik holten, und der Bürgermeister von Trofaiach, der mich anrief und bat, für den Stadtrat zu kandidieren.

Gibt es bestimmte Ziele, die du für deinen Bezirk erreichen möchtest?

Andrea Gessl-Ranftl: Ich möchte mich gezielt für die Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit einsetzen. Auch in Leoben ist die drohende Wirtschaftskrise zu spüren, wie sich an der derzeitigen Situation von Firmen wie AT&S beobachten lässt. Der weitere Ausbau der Montan Uni Leoben als Forschungsstätte und Initiativen gegen die Abwanderung der Jugend sind weitere Punkte auf meiner Agenda.

Welche Schwerpunkte wirst du in deiner

zukünftigen parlamentarischen Arbeit setzen?

Andrea Gessl-Ranftl: Die Anliegen meiner Region und der Familien so gut als möglich zu vertreten.

Bleibt dir neben der Politik eigentlich noch Zeit für Hobbys?

Andrea Gessl-Ranftl: Ich habe das seltene Glück, dass mein Beruf mein Hobby ist. Während der Zugfahrt nach Wien genieße ich es, zu lesen oder Musik zu hören. ♦

ZUR PERSON



SPÖ

Andrea Gessl-Ranftl

Berufliche Laufbahn:

Pädagogische Akademie in Graz, Hauptschullehrerin, Erziehungshelferin, verhaltenspädagogische Stützlehrerin für Kinder mit besonderen Erziehungsbedürfnissen.

Politischer Werdegang:

Seit 2004 SPÖ-Frauen-Vorsitzende von Trofaiach, stellvertretende SPÖ-Stadtparteivorsitzende und Mitglied im steirischen Landesfrauenvorstand. Seit 2005 Mitglied des Trofaiacher Stadtrats und Abgeordnete zum Landtag; seit 2006 stellvertretende Leobener SPÖ-Bezirksfrauenvorsitzende. Seit 2006 Gemeinderätin und Vorsitzende des Schulausschusses und stellvertretende Leobener SPÖ-Bezirksfrauenvorsitzende.

Persönliches:

Geboren am 16. 11. 1964, verheiratet mit Wolfgang Gessl, eine 18-jährige Tochter.

Wien

Treue Mitglieder in der SPÖ Brigittenau geehrt

Langjährige Mitglieder wurden in der SPÖ Brigittenau geehrt. PVÖ-Präsident Karl Blecha und Bezirksvorsitzender Karl Lacina dankten den Geehrten für ihre Treue.

151 Frauen und Männer wurden in der SPÖ Brigittenau für ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt. Unglaubliche 80 Jahre lang ist etwa Karl Möstl Mitglied der SPÖ (siehe Foto). 53 Personen wurden für 40 Jahre SPÖ-Mitgliedschaft geehrt, 66 Personen für 50 Jahre, 29 Personen für 60 Jahre und jeweils ein Mitglied gibt es, das 70 und 80 Jahre dabei ist. „Ich danke euch für eure Treue, ihr habt die politischen Strukturen in Österreich mitaufgebaut“, betonte Karl Blecha, Präsident des Pensionistenverbandes Österreichs in seiner Festrede anlässlich der Ehrung. Blecha erinnerte in seinen Worten an die Anfänge der Republik Österreich, an die Widerstände, mit denen die noch junge Demokratie zu kämpfen hatte, an die dunkle Zeit des Dritten Reiches, die Nachkriegszeit und die Jahre der Ära Kreisky. „In der Zeit

von Bruno Kreisky war Österreich das Musterland in Europa. Während Europa unter der Arbeitslosigkeit stöhnte, hatten wir in Österreich die Vollbeschäftigung“, ließ Blecha die 70er und 80er Jahre Revue passieren und betonte, dass Österreich noch heute von den damals geschaffenen Strukturen profitieren würde.

„In der Ära Kreisky wurde Österreich reicher und sozialer und dies habt ihr, liebe Genossinnen und Genossen, mitaufgebaut“, sagte Blecha weiter und hob hervor, dass wir auch jetzt wieder vor einer schwierigen Zeit stehen würden. „Aktuell gibt es eine Weltwirtschaftskrise, einen Abwärtstrend, und dieser muss so rasch

wie möglich gestoppt werden“, betonte Blecha und unterstrich die Notwendigkeit eines Konjunkturbelebungs pakets.

„Werner Faymann hat dies erkannt und Dank eurer Treue hat er den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung bekommen“, so Blecha. Der Staat dürfe seine schützende Hand nicht nur über die Banken legen, sondern muss dafür sorgen, dass den Menschen geholfen wird und kleinere und mittlere Einkommen möglichst schnell entlastet werden. ♦



(v.l.n.r) Sohn des Jubilars, Bezirksvorsitzender Karl Lacina, Bezirksvorsteher Hannes Derfler, Jubilar Karl Möstl, der für 80 Jahre SPÖ-Mitgliedschaft geehrt wurde, Karl Blecha, PVÖ-Präsident, GRin a.D. Pepi Tomsik, GR Erich Valentin.

www.tippstar.at

Gewinnspiel: Zwei VIP-Tickets für 2. Platz bei Tippstar



Im Bild Josef Peutlberger, Geschäftsführer des Image Shops, überreicht den Gewinn an Johannes Beitzl.

österreichischer – er ist Veranstalter von Beruf – zwei VIP-Tickets für das Länderspiel Österreich gegen Türkei am 19. November. Mit seinem letzten Tipp bei der EURO, 1:0 für Spanien, hat Beitzl noch seine Konkurrenten überrundet und es ex aequo auf den zweiten Platz geschafft. Dann hat das Los entschieden und Beitzl die Fußballtickets gewonnen. ♦

„Ich habe auf der Google-Webseite ein Gewinnspiel zur EURO 08 gesucht und da bin ich auf euer SPÖ-Tippstar-Spiel gestoßen“, erzählte der Drittplatzierte unseres EURO-Gewinnsspiels, Johannes Beitzl, aus St. Pölten bei der Gewinnüberreichung. Gewonnen hat der 26-jährige Nieder-

Oberösterreich

Erfolg für 130.000 Gaskunden

Für 130.000 Haushalte – das entspricht etwa einem Viertel der Bevölkerung Oberösterreichs – wird durch den politischen Einsatz der SPÖ das Heizen ab 15. Jänner 2009 wieder billiger. „Es zeigt sich, dass das Engagement der SPÖ richtig und dringlich war – so dringend sogar, dass die beiden großen Gasversorger in Oberösterreich eingelenkt haben. Die Linz AG senkt die Preise um 7,7 Prozent und die Erdgas OÖ um 7 Prozent“, so der SP-Klubobmann Karl Fraiss. Enttäuscht zeigt sich der SP-Klubchef in diesem Zusammenhang von dem Verhalten der Grünen und der ÖVP im Landtag: „Für Pühringer und Anschöber waren die hohen Gaspreise kein dringliches Anliegen – sie haben die finanziellen Nöte der Oberösterreicher einfach ignoriert. Es hat sich damit erneut gezeigt, welch geringen Stellenwert die sozialen Anliegen der Menschen in Oberösterreich für Schwarz-Grün haben“. Für die SPÖ ist damit jedoch das Engagement für faire Gaspreise nicht abgeschlossen. „Wir werden jetzt die Entwicklung sorgsam beobachten und uns dafür einsetzen, dass die noch immer sinkenden Marktpreise für Erdgas in einem zweiten Schritt im Februar/März von den Versorgern entsprechend an die Kunden weitergegeben werden“, verspricht Fraiss. ♦

Volkshilfe

Erster Pflege- und Betreuungspreis vergeben

Die Volkshilfe Österreich zeichnet eine Oberösterreicherin für den Kampf für ihre schwerstbehinderte Tochter, eine Wienerin für ihr Buch sowie betreute Wohnhäuser für ihre Arbeit aus.



Volkshilfe-Präsident Weidenholzer (3.v.r.) mit den PreisträgerInnen.

Der erste Pflege- und Betreuungspreis der Volkshilfe Österreich ist am Freitagnachmittag in Rahmen des „Pflegekongress08“ im Austria Center Vienna vergeben worden: In der Kategorie „Pflegende Angehörige“ schaffte es die Oberösterreicherin Sandra Leitner auf den ersten Platz, gefolgt von der Wienerin Bärbel Mende-Danneberg. In der Kategorie „Organisationen“

gewann die Volkshilfe Linz mit dem betreuten Wohnhaus „Lebensoase“ vor dem Wiener Pflege- und Sozialzentrum Rennweg Caritas Socialis mit einer Wohngemeinschaft für demenzkranke Menschen. Sandra Leitner wurde von einer Experten-Jury für ihren zweijährigen Kampf für ihre geistig schwerstbehinderte, stoffwechsel-, muskel- und epilepsie-kranke Tochter zur Siegerin erklärt. Mit Hilfe der Medien und der Volksanwaltschaft konnte sie eine höhere Pflegestufe für ihr Kind durchsetzen und erreichen, dass es den Kindergarten ebenso lange besuchen kann wie gesunde Kinder. Damit sei sie „eine Vorreiterin für andere Eltern in einer ähnlichen Lage“. Gemeinsam mit ihrem Mann hat Bärbel Mende-Danneberg ihre Mutter vier Jahre lang gepflegt. Dabei führte sie Tagebuch, das die Grundlage für ihr nun veröffentlichtes Buch „Alter

Vogel, flieg!“ bildete. Sie wurde „für ihr Anliegen ausgezeichnet, anderen betroffenen Menschen Mut zu machen und Wege aus der Isolation betreuender Angehöriger zu zeigen“. Im betreuten Wohnhaus „Lebensoase“ der Volkshilfe Linz können Bewohner unter dem Motto „so viel Selbstständigkeit wie möglich, so viel Hilfe wie nötig“ ihren Lebensabend verbringen. Hier können die Betroffenen bis zu ihrem Tod in ihrer vertrauten Umgebung verbleiben, was für sie aber auch für die Angehörigen sehr wichtig ist. Die Erstplatzierten erhielten jeweils 1.500 Euro, die Zweitplatzierten 1.000 Euro. Der Pflege- und Betreuungspreis soll in Zukunft alle zwei Jahre - abwechselnd mit der Auszeichnung der seniorenfreundlichsten Gemeinde - vergeben werden. „Wir wollen das oft unsichtbare Engagement für kranke und pflegebedürftige Menschen ins Rampenlicht holen“, erklärte Volkshilfe-Präsident Josef Weidenholzer. ♦

Salzburg

Blick nach vorn



Landeshauptfrau Gabi Burgstaller

Die Salzburger SPÖ hat in den letzten Monaten ein über 100 Seiten starkes Programm „Salzburg schaut nach vorn“ für die Landtagswahl am 1. März 2009 vorbereitet, am Landesparteirat wurde es jetzt einstimmig beschlossen. Mit diesem neuen Programm, das unter Einbeziehung von vielen ExpertInnen erstellt wurde, will die Salzburger SPÖ drei Monate vor der Landtagswahl 09 starke Akzente für eine positive Zukunft setzen. Denn die Salzburger SPÖ will auch 2009 den Weg der gerechteren Lebenschancen für alle mutig weitergehen. „Der aktuell vorliegende Programmentwurf deckt die Breite unserer Gesellschaft ab, zahlreiche wichtige Themen wie Gesundheit, Sicherheit, Jugend, Bildung, Arbeitsmarkt und viele mehr werden im Landtagswahlprogramm 2009 ausführlich behandelt“, betont Landeshauptfrau Gabi Burgstaller. ♦

Gedenktafel für Leopold Hilsner am Wiener Zentralfriedhof enthüllt.



Justizministerin Berger und IKG-Präsident Ariel Muzicant enthüllen Gedenktafel.

Gemeinsam mit IKG-Präsident Ariel Muzicant enthüllte Justizministerin Maria Berger eine Gedenktafel am Grabstein Leopold Hilsners mit der Aufschrift „Wir bedauern die Verfehlungen der Justiz. Sie sind uns Mahnung für die Zukunft.“ Hilsner war Anfang des 20. Jahrhunderts in antisemitischen Skandalprozessen ohne jeden Beweis zuerst des Ritual-, dann des Sexualmordes an einem christlichen Mädchen für schuldig erkannt und zum Tode verurteilt worden. Nach internationalen Protesten begnadigte ihn Kaiser Franz Joseph zu lebenslanger Haft. Hilsner wurde 1918 entlassen. Er starb als gebrochener Mann 1928 in Wien. „Das Unrecht, das Leopold Hilsner widerfahren ist, kann nicht mehr gutgemacht werden. Der heutige Gedenkakt in Verbindung mit der Ergänzung der Grabinschrift hat daher vor allem symbolische Bedeutung“, so Berger. ♦

Unterschrift:

Adresse:

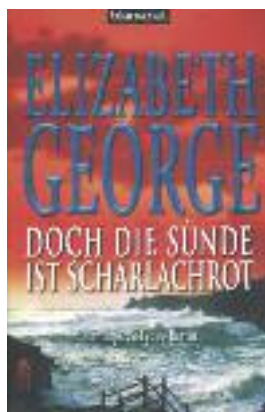
Name:

☐ Stk.

Emmerich Tálos:
Sozialpartnerschaft.
Studienverlag,
Wien 2008;
140 S., 19,90 €

☐ Stk.

Petritsch/Kopeinig:
**Das Kreisky-Prinzip –
Im Mittelpunkt der Mensch.**
Czernin Verlag, Wien 2009;
237 S., 21,90 €

☐ Stk.

Elizabeth George:
**Doch die Sünde ist
scharlachrot.**
Blanvalet Verlag, München 2008;
760 S., 25,70 €

Sachbuch

Sozialpartnerschaft

Was die Sozialpartnerschaft ausmacht und wie sie sich verändert hat, zeigt das neue Buch von Emmerich Tálos.

Die Zusammenarbeit zwischen den großen gesellschaftlichen Interessenorganisationen und der Regierung ist ein zentrales Kennzeichen des politischen Systems der Zweiten Republik. Der Professor für Politikwissenschaft, Emmerich Tálos, legt eine umfassende Analyse vor, die die wesentlichen Dimensionen von Sozialpartnerschaft eingehend in den Blick nimmt. Unter Berücksichtigung ihrer entwicklungsgeschichtlichen und institutionell-organisatorischen Voraus-

setzungen erläutert er die Strukturen der Sozialpartnerschaft und ihren politischen Stellenwert. Letzterer wird an drei Feldern näher verdeutlicht: der Einkommens-, Sozial- und Wirtschaftspolitik. Mit der Untersuchung der wichtigsten Einflussmöglichkeiten wird der Aktivitätsradius systematisch erfasst und ein differenziertes Bild der Rolle der Sozialpartnerschaft und deren Veränderungen in den beiden letzten Jahrzehnten gezeichnet. ♦

Politisches Buch

Das Kreisky-Prinzip

Die Autoren beschreiben verständlich die politischen Voraussetzungen der Beschäftigungspolitik Bruno Kreiskys.

Internationale Finanzkrise, drohende Rezession, Klimakatastrophe, steigende Nahrungsmittelpreise, Hungersnöte und knapper werdende Energieressourcen: Angesichts dieser Szenarien wird der Ruf nach dem Staat wieder lauter. Die Macht des Staates und seine Lenkungsmöglichkeiten hat Bruno Kreisky erkannt und eingesetzt. „Geht uns die Arbeit aus?“, ist keine bloße rhetorische Frage mehr, für rund 20 Millionen Menschen in der EU ist sie in den vergangenen Jahrzehnten zur bit-

teren Wirklichkeit geworden. Ausgehend von den Ergebnissen der Kommission für Beschäftigung, deren Vorsitzender Kreisky war, soll aufgezeigt werden, warum ersich während seines gesamten intellektuellen und politischen Lebens mit diesem Thema auseinandergesetzt hat. „Der Mensch ist das Wichtigste“, war Programm und Motto des Sozialdemokraten Kreisky. Wo finden wir heute – angesichts von Globalisierung und Shareholder value – diesen politischen Anspruch formuliert? ♦

Roman

Doch die Sünde ist scharlachrot

Im neuen Inspector-Lynley-Roman führt Elizabeth George die Leser wieder nach England.

Das Einzige, was Inspector Lynley nach dem tragischen Tod seiner Frau und seines ungeborenen Kindes für seinen Seelenfrieden bleibt, ist die Flucht. Als er an einem verregneten Frühlingmorgen an der Küste Cornwalls wandert, fällt sein Blick auf etwas Rotes in der Tiefe – ein zerschmetterter Körper am Fuß der Steilküste. Was zunächst wie ein Unfall aussieht, erweist sich schnell als Mord. Und schon steckt Lynley mitten in einem komplizierten Fall mit einem guten Dutzend Ver-

dächtiger. Er hat zwar eine erste Vermutung. Doch um auf unbürokratische Weise mehrzu erfahren, muss er Barbara Havers anrufen. Die Amerikanerin Elizabeth George hatte von Jugend an ein ausgeprägtes Faible für die britische Krimtradition. Psychologische Raffinesse, präziser Spannungsaufbau und ein unfehlbarer Sinn für Dramatik charakterisieren ihre Bücher. Ausgezeichnet mit dem Anthony Award, dem Agatha Award und dem Grand Prix de Littérature Policière. ♦

TERMINKALENDER

Donnerstag, 27. November

Amerika nach der Wahl – Konsequenzen für die Weltwirtschaft

Ein Diskussionsabend des Wirtschaftsverbands und des Renner-Instituts beschäftigt sich mit den möglichen Folgen des Regierungswechsels in den USA auf die Weltwirtschaft. Am Podium: Staatssekretär Christoph Matznetter (Präsident vom Wirtschaftsverband), Eric Frey (Chef vom Dienst, Der Standard, Korrespondent von Financial Times und Economist), Rudolf Scholten (Österreichische Kontrollbank), Johann Moser (AWS), Russell Perry (Democrats Abroad Austria) und William Boston (freier Journalist, ehemaliger Korrespondent des Wall Street Journal).

Um Anmeldung unter

Tel. 01-522 47 88 18 oder E-Mail

julia.oberwallner@wirtschaftsverband.at wird gebeten.

Beginn: 18.30 Uhr

Schloss Schönbrunn Tagungszentrum

Apothekertrakt

(Zugang: Grünbergstraße, Meidlinger Tor)

1130 Wien

Freitag, 28. November

It's magic – Interkultureller Dialog in Nahaufnahme

Was herauskommt, wenn Wiener Jugendliche aus verschiedenen Herkunftsländern gemeinsam und unter Anleitung des Fotografen Luca Faccio ihre Lebenswelten durchstreifen und fotografieren, ist in drei Ausstellungen zu sehen. Zwei davon, nämlich die im Amtshaus Margareten (Schönbrunner Straße 54, 1050 Wien) und im Kabelwerk (Oswaldgasse 65, 1120 Wien), sind schon eröffnet, die dritte wird am 28. November von der Favoritner Nationalratsabgeordneten Petra Bayr gemeinsam mit Hannes Gmeiner (VHS Favoriten) und Norbert Pokorny (Jugendbeauftragter Favoriten) eröffnet.

Beginn: 18 Uhr

Volkshochschule

Favoriten

2. Stock

Arthaberplatz 18,

1100 Wien

Donnerstag, 4. Dezember

Die dunklen Seiten des Planeten. Rudi Gelbard, der Kämpfer

Rudolf Gelbard ist Vorstandsmitglied im Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands. 1930 als Sohn einer assimilierten, sozialdemokratischen jüdischen Familie in Wien geboren, erlebte er die Verfolgung der Juden am eigenen Leib. 1942 wurden er und seine Eltern ins Konzentrationslager Theresienstadt deportiert. Die Familie überlebte, seine Eltern starben aber wenige Jahre nach der Befreiung, gezeichnet vom Grauen des Konzentrationslagers. Rudolf Gelbard hat sich Zeit seines beruflichen Lebens und auch nach seiner Pensionierung im Jahr 1990 mit zeitgeschichtlichen Themen – insbesondere mit der Geschichte der Shoah und des Nationalsozialismus, dem Holocaust und den totalitären Systemen des 20. Jahrhunderts – auseinandergesetzt. 1975 bis zu seiner Pensionierung Ende 1990 war er als Dokumentarist für Zeitgeschichte und Mitglied der Ombudsmann-Redaktion beim Kurier tätig. Seither ist er, der auch dem Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus angehört, unermüdlich im antifaschistischen Kampf gegen das Vergessen als Vortragender und Zeitzeuge in Schulen, im Rahmen von Lehrveranstaltungen und Symposien etc. aktiv. Rudolf Gelbard, dem 1997 der Berufstitel Professor verliehen wurde, wurde vielfach ausgezeichnet.

Der Autor Walter Kohl hat die Lebensgeschichte von Rudolf Gelbard aufgezeichnet. Das Buch wird in einer Veranstaltung der Wiener SPÖ-Bildung und des Verlags Franz Steinmaßl in Anwesenheit von Gelbard von Bundeskanzler Alfred Gusenbauer präsentiert.

Beginn: 18 Uhr

Jüdisches Museum

Dorotheergasse 11,

1010 Wien

Donnerstag, 4. Dezember

JungwählerInnen 08: Motive, Milieus und Meinungen

Die Nationalratswahl 08, erstmals mit Wählern mit 16, ist geschlagen. Die Ergebnisse sind gerade in Bezug auf die WählerInnen-

gruppe unter 30 ernüchternd: Mehr als ein Drittel hat die FPÖ oder das BZÖ gewählt. Verkürzende Schlagzeilen wie „Die Jugend wählt rechts“ flankieren diese Ergebnisse. So gilt es viele Fragen zu klären: Welche Wahlmotive bewegten die Jugendlichen und jungen Erwachsenen? Jugendliche in welchen Lebenszusammenhängen haben die SPÖ gewählt und welche nicht? Welche Meinungen vertreten Jugendliche zu Parteien und Politik? Diese Fragen erörtert in einer Diskussionsveranstaltung des Renner-Instituts die „Arbeitsplattform Update Politics: Impulsgespräche für politische Führungskräfte“. Programm: Begrüßung durch Barbara Rosenberg (stv. Direktorin des Renner-Instituts), Vortrag von Eva Zeglovits (Leiterin Forschungsbereich Wahlen & Politik, SORA-Institut), Kommentare von Jörg Flecker (Wissenschaftlicher Leiter der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt FORBA) und Jürgen Wutzhofler (Landtagsabgeordneter und Gemeinderat, Jugendsprecher der SPÖ Wien); Moderation: Michael Rosecker (Renner-Institut, Abteilung Politisches Management und Grundlagenarbeit). Um Anmeldung unter Tel. 01-804 65 01-0 oder E-Mail post@renner-institut.at wird gebeten.

Beginn: 19 Uhr

Renner-Institut

Bruno-Kreisky-Saal

Eingang Gartenhotel Altmannsdorf

Hoffingergasse 26, 1120 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18

Chefredakteurin: Susanna Enk

Chef v. Dienst: Mag. Walter Fleißner

Redaktion: Mag. Alexandra Hopf,

Sabine Leidinger, Peter Slawik,

Mag. Gerald Demmel, Mag. Ute Pichler,

Layout: Thomas Lehmann,

Coverfotos: Bilderbox

Bildbearbeitung: Max Stohanzl,

Sekretariat: Michaela Pavelka, Michaela

Moser, Tel: 01/534 27/275,

Verlag der SPÖ GmbH.,

1014 Wien, Löwelstraße 18

Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at

Homepage: www.spoe.at

FOTO DER WOCHE



Landespressedienst

Am 3. Mai 1978 standen erstmals in der Geschichte des Bergsteigens österreichische Alpinisten am Gipfel des Mount Everest, des mit 8.848 Metern höchsten Berges der Welt. Die Expeditionsteilnehmer von damals – unter ihnen auch Reinhold Messner – waren zu Gast beim steirischen Landeshauptmann Franz Voves in der Grazer Burg. Den Anlass für den Besuch bot das 20. Internationale Berg- und Abenteuerfilmfestival im Grazer Kongress. Filmfestival-Organisator und Expeditionsteilnehmer Robert Schauer bedankte sich bei Landeshauptmann Voves, der das Festival sowohl in finanzieller Hinsicht, „aber auch mit seinem sportlichen Spirit unterstützt“.



Das ÖFB-Team wird von Nachwuchssorgen geplagt.

P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1010 Wien, DVR: 0029106
Zulassungsnummer: GZ 02Z032169 W

ZUM SCHLUSS

Kleine (Frage)spielchen sind nicht das, was die Menschen angesichts der Wirtschaftskrise erwarten. Sie haben eine andere Vorstellung von Politik. Trotz Jahren des Streits und der Blockade wäre laut Meinungsforschung die Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher dafür, einer Koalition von SPÖ und ÖVP noch einmal eine Chance zu geben. In Zeiten einer sich täglich verschärfenden Wirtschaftskrise, der Angst um den eigenen Arbeitsplatz und um den Lebensstandard ihrer Familie vertrauen die Menschen vor allem in die soziale Lösungskompetenz der SPÖ (42 Prozent) und nicht den Protestparteien (FPÖ und BZÖ: 13 Prozent).

Neue Ernsthaftigkeit

Aber die ÖsterreicherInnen verknüpfen dieses Vertrauen an Bedingungen und erwarten sich angesichts der dramatischen Situation auch einen Stil der „neuen Ernsthaftigkeit“. Eine Politik, die um Lösungen ringt und nicht um Posten, die Ergebnisse bringt anstatt öffentlich über Detailfragen zu zanken, die rasch Handlungsfähigkeit demonstriert und nicht den Dissens zelebriert. Die ÖsterreicherInnen wollen von einer Regierung vor allem eines: gutes Krisenmanagement und ein höchstes Maß an sozialer Sicherheit.

Das funktioniert soweit: Mit einer Steuerentlastung bereits 2009 werden die Menschen rasch entlastet. Und es werden vor allem jene entlastet, die es am meisten brauchen: Die SPÖ setzt sich bei den Verhandlungen dafür ein, dass rund 80 bis 90 Prozent des gesamten Entlastungsvolumens von 2,3 Milliarden Euro den Einkommensbezieher unter 4.000 Euro zugute kommen. Durch Anheben der Einkommensgrenze sollen mehr Menschen von der Steuer befreit werden, und eine Senkung des Einstiegssteuersatzes soll die Steuerlast für kleine Einkommen reduzieren. Übrigens: Für die kleinsten Einkommen wurden bereits die Arbeitslosenversicherungsbeiträge gestrichen.

Mehr soziale Sicherheit, rasche Entlastung der SteuerzahlerInnen, Kaufkraftstärkung und Infrastrukturinvestitionen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – das sind die Aufgaben einer Regierung. Keine Fragespielchen. Aber das dürfte der ÖVP rasch klar geworden sein.

Susanna Enk